Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2,60, durch die Post Mk. 2,75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 b. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten (s. …) bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Modernste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul,
Hoflieferant
Wallstr. 25.

Echte
Elfenbein- (Elefanten-) Seife,
überall bekannt und beliebt für Wäsche und Haushalt.
à Stück 10 Pfg.
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

WEIN-Handlung
-Stuben ←
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath,
Wallstr. 8.

Photographie von **Hahn**'s Nachf.
Specialitäten: **Kinder-** und **Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 20. **Spiegel:** Ausgang des Hamburger Streiks. Hofnachrichten. Minister-Ball. Hampel-Vermächtniß. Abschaffung der Ehen. Gesammtrathssitzung. Bezirksausstellung. Gerichtsverhandlungen. „Maurer und Schlosser". | Muthmaßliche Witterung: Trocken, Frost. | **Mittwoch, 20. Jan.**

Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Der Hamburger Streik geht zu Ende. Daß die Streikenden die Sieger nicht sein werden, ist bereits jetzt zweifellos. Das zeigt schon der starke Gegensatz in dem Verhalten der Streikenden bei Beginn und in dem gegenwärtigen Stadium des Ausstands. Mit einem herausfordernden Uebermuth ohne Gleichen wurde der Kampf vom Zaune gebrochen, so schnell, daß selbst bei dem besten Willen der Arbeitgeber ein Ausgleich nicht zu Stande kommen konnte. Der Kampf sollte unter allen Umständen inscenirt werden; so wollte es der oberste Kriegsrath der Sozialdemokratie, und daher mußte von vornherein der Weg der Verständigung abgeschnitten werden. Inzwischen sind aber an die Stelle der frivolen Kampfeslust und der übermüthigen Siegeszuversicht Ermattung und Muthlosigkeit getreten. Heute würden die Arbeiter am liebsten ihre Zustimmung geben, die Arbeit so schnell wie möglich unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen; sie suchen jetzt nur noch nach einem Ausweg, der ihnen die Schmach des Eingeständnisses erspart, daß sie allein den Kampf verschuldet und auf der ganzen Linie verloren haben. In ihrer letzten Resolution erklären die Streiker, offenbar noch unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Verführer und Verhetzer, daß eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit für sie eine Demüthigung ist und bleibt; aber gleichzeitig geben sie doch deutlich genug zu verstehen, daß sie bereit sind, unter einer annehmbaren Form zu kapituliren. „Zur Herbeiführung eines wirklichen und andauernden Friedens" bitten sie den Arbeitgeberverband, mit ihnen in direkte Friedensunterhandlungen zu treten. Hier liegt schon das Eingeständniß der Niederlage; denn man muß doch erwägen, daß die Streiker in brüsker Weise den Krieg erklärt hatten, um die Arbeitgeber zu vergewaltigen und zu demüthigen. Anfangs waren sie daher auch keineswegs einem „versöhnenden Abschluß" geneigt; jetzt wünschen sie einen solchen mit Sehnsucht herbei, und daher haben sie in die Kommission, die über die Kapitulationsbedingungen unterhandeln soll, diesmal auch wirkliche, direkt interessirte Arbeiter gewählt und nicht wie früher sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, die mit dem Streik allerdings insofern Etwas zu thun hatten, als sie ihn durch ihre nichtsnutzigen Hetzereien heraufbeschworen haben, und zwar nicht, um eine Besserung der materiellen Lage der Arbeiter herbeizuführen, sondern lediglich zu dem Zwecke, die Umsturzpläne ihrer Partei zu fördern. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, so wird sich die Mehrzahl der ausständigen Hafenarbeiter schließlich auch damit zufrieden geben, wieder arbeiten zu können, ohne daß sich zuvor die Arbeitgeber zu bindenden Verpflichtungen herbeigelassen haben.

Ein andauernder wirklicher Friede kann nur zu Stande gebracht werden, wenn die Hamburger Rheder bis zum letzten Augenblicke fest daran halten, daß ihnen nicht unmittelbar von ihren früheren Arbeitern und um blos wirthschaftlicher Fragen willen, sondern von einer politischen Partei mit ausgesprochen revolutionären Bestrebungen, die in offenem feindseligen Gegensatze zu den Interessen der Arbeitgeber stehen und auch erfahrungsgemäß stets denjenigen der Arbeitnehmer Schaden zugefügt haben, in willkürlicher Anmaßung ein Kampf aufgedrängt worden ist, der gerechterweise nur durch eine empfindliche Demüthigung der frivolen Friedensstörer beendigt werden kann. Die Bedeutung des ganzen Ausstands liegt darin, daß nicht ein fauler Friede zu Stande kommt, der den Keim neuer, den politischen Interessen der Umsturzpartei dienender Kämpfe in sich trägt, sondern daß die Unternehmer einen vollständigen Sieg insofern über die Revolutionspartei davontragen, als die Arbeiter zu der Einsicht gezwungen werden, daß eine derartige sozialdemokratische Kraftprobe, zu der sie sich haben mißbrauchen lassen, nie und nimmer geduldet werden darf und niemals zu ihrem Vortheile gereichen kann. Die besonnene, durchweg korrekte, entschlossene und energische Art, in der bisher die Hamburger Rheder in einheitlicher Solidarität die sozialdemokratischen Vergewaltigungsversuche abgewehrt haben, verdient die volle Billigung und Anerkennung aller derjenigen Kreise in ganz Deutschland, die der Ueberzeugung sind, daß erst dann eine allmähliche Besserung der sozialen Verhältnisse, insbesondere der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu erwarten ist, wenn überall da, wo die Sozialdemokratie die treibende Kraft ist, schonungs- und rücksichtslos und mit unerbittlicher Energie gekämpft wird, ohne Schwanken und Wanken, ohne Versöhnlichkeit und Nachgiebigkeit, so lange bis die sozialdemokratischen Vorstöße siegreich zurückgeschlagen sind. Einen vollen ersprießlichen Sieg, der zugleich die größte Garantie gegen die Wiederkehr ähnlicher Kraftproben gewähren würde, würden die Rheder nur dann erstreiten, wenn sie sich nicht zu Zugeständnissen grundsätzlicher Art, wie sie auch jetzt noch von den Arbeitern gefordert werden, herbeilassen und nicht davon abgehen, daß nur die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit die Möglichkeit zu einer späteren Verständigung über die Arbeitsbedingungen und zu einer Abstellung etwaiger Uebelstände eröffnen darf. Die Rheder haben daher recht gethan, daß sie die Forderung der Streikenden, die neuen Arbeiter, die sog. „Streikbrecher", zu entlassen, als eine Ehrlosigkeit zurückgewiesen haben, die ihnen die Verachtung der Arbeiter einbringen würde. Andererseits haben sie, im Bewußtsein der Stärke ihrer Position und ohne sich dadurch im Geringsten Etwas zu vergeben, die Bereitwilligkeit an den Tag gelegt, billigen Ansprüchen der Arbeiter nach der Beendigung des Ausstands gerecht werden zu wollen. Aus freier Initiative haben sie neuerdings den Senat aufgefordert, einen Hafeninspektor anzustellen, dessen Aufgabe es sein soll, die Arbeiterverhältnisse des Hamburger Hafenverkehrs zu überwachen und, wo solche angebracht sind, Verbesserungen anzubahnen. „Die Arbeitgeber", heißt es in dem betreffenden Schreiben an den Senat, „können vor beendigtem Ausstand den erhobenen Forderungen nicht nachgeben, ohne sich fortgesetzten unerträglichen Beunruhigungen in ihrem Erwerbsleben auszusetzen, am wenigsten jetzt, wo sie nicht mehr zu besorgen haben, zum Nachgeben gezwungen zu werden. Der Arbeitgeberverband ist jedoch von dem Wunsche beseelt, den Beweis zu liefern, daß er es mit der Abstellung etwa vorhandener Mißstände ehrlich meint, und den Ausständigen den Schritt zu erleichtern, zu der Arbeit zurückzukehren, welche ihnen um so mehr verschlossen sein wird, je länger sie die Rückkehr hinausschieben."

Es thäte noth, daß einmal in großem Maßstabe ein nachdrückliches Beispiel gegeben würde, wie das Unternehmerthum aus eigener Kraft und auf dem von Kaiser Wilhelm II. empfohlenen Wege der festen Koalition den sozialdemokratischen Machtkitzel unterdrücken muß. Das Ziel der sozialdemokratischen Verführer und Verhetzer ging dahin, die Hamburger Rheder zur bedingungslosen Kapitulation vor dem Machtgebote der Singer'schen Revolutionspartei zu zwingen, wie dies vor zwei Jahren bei dem Berliner Bierboykott schmählichen Angedenkens geschehen war, wo die Brauereien nicht mit den Arbeitern, sondern mit Herrn Paul Singer einen regelrechten Friedensvertrag schlossen. Solchen Triumph hatte die Sozialdemokratie auch diesmal erhofft, nur daß statt Singer die Reichstagsabg. Elm und Genossen als Bevollmächtigte ausersehen waren, den Triumph der Umsturzpartei zu besiegeln. Aber der Ausgang des Kampfes an der Hamburger Wasserkante wird hoffentlich ein solcher sein, daß es den Führern der rothen Internationale nicht so bald wieder gelüsten wird, ihre Machtansprüche in so frecher Weise geltend zu machen, wie durch den Hamburger Streik. Werden die Arbeiter immer wieder so gründlich, wie es hier voraussichtlich erfolgen wird, belehrt, daß sie aussichtslos kämpfen, so lange sie sich blind und willenlos der Führerschaft der Sozialdemokratie überlassen, so wird sich allmählich unter ihnen doch wohl die Erkenntniß Bahn brechen, daß ihren Interessen besser gedient ist, wenn sie sich nicht mehr von Agitatoren leiten lassen, denen es nur auf die Förderung ihrer sozialrevolutionären Propaganda ankommt, die alle sozialen Verhältnisse vergiftet und den dauernden Frieden zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern unmöglich macht. Derjenige Theil, der sich nur unfreiwillig der ausständigen Bewegung angeschlossen hat, aus Furcht vor dem Terrorismus, den die Sozialdemokratie gegen die „Streikbrecher" ausübt, wird künftig einen stärkeren Widerstand dem unheilvollen Wirken der Umstürzler entgegenstellen können, besonders wenn es manchem Arbeiter klar geworden sein wird, daß in dem Hamburger Streik nicht eine wirthschaftliche, sondern eine politische Machtfrage entschieden worden ist, und zwar zu Gunsten nicht allein der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer, weil erst die vollständige Streik-Niederlage die Grundlage zu einer ruhigen sachlichen Erörterung und Regelung der wirthschaftlichen Fragen zu schaffen vermag.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. Januar.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des Reichsschatzamts. Hierzu liegt eine vom Abg. Hammacher (nl.) beantragte Resolution vor, welche behufs Ertheilung von Auskünften in der Zolltarifangelegenheit die Einsetzung von einzelstaatlichen Behörden wünscht und weiter verlangt, daß unter Abänderung des § 12 des Vereinszollgesetzes von 1869 die Entscheidung über Beschwerden wegen unrichtiger Anwendung des Zolltarifs durch verwaltungsgerichtliche Behörden, in denen Sachverständige sitzen, oder durch Schiedsrichter zu erfolgen habe. — Abg. Lenzmann (freis. Vp.) verlangt Reichsbehörden; einzelstaatliche Landesauskunftsbehörden genügten nicht, denn in Preußen würden dieselben jedenfalls stets von Miquel'schen Auffassungen ausgehen. Redner beantragt demgemäß eine Resolution, welche eine Reichsauskunftsbehörde und einen Reichszollgerichtshof fordert. — Abg. Hammacher (nl.) bittet um Annahme seiner Resolution, denn er sei besorgt, daß der Bundesrath aus reichsverfassungsmäßigen Gründen der Resolution Lenzmann doch nicht entsprechen würde. Materiell sei das ganze Haus darin einig, daß der jetzige Zustand nicht fortdauern könne. Es sei unerträglich für den Geschäftsmann, daß er nachträglich zu Zollnachzahlungen gezwungen werden könnte, wenn die oberste Landeszollbehörde die Verzollung der Waare nach einem anderen Tarif dazu anordne. Der Importeur müsse von vornherein zuverlässige Auskunft erlangen können, nach welchem Satze er zu verzollen habe. — Abg. v. Stumm (Reichsp.): Meine Freunde sind bereit, für den ersten Theil des Antrags Hammacher zu stimmen, aber gegen den zweiten Theil haben wir Bedenken, denn dadurch erhalte der eine Reklamant, der bei dem Zollgerichtshof seines Landes Erfolg erziele, ein Privilegium vor dem Konkurrenten, der entweder nicht reklamire, oder dies bei seinem Verwaltungsgerichtshof ohne Erfolg thue. Hier fehle also die Einheitlichkeit, die allerdings bei dem Reichsgerichtshof Lenzmann's vorhanden sein würde. — Abg. Heyl zu Herrnsheim (nl.) erklärt sich für den Antrag Lenzmann, wenn kein Widerspruch vom Bundesrath erfolge, andernfalls möge man sich auf den Antrag Hammacher zurückziehen. — Schatzsekretär Graf Posadowsky: Die verbündeten Regierungen haben eine frühere Resolution, betr. Einsetzung einer Reichsbehörde eingehend geprüft, sich aber einstimmig ablehnend entschieden. Die ganze Frage ist mehr komplizirter Natur aus verfassungsrechtlichen Gründen; Differenzirungen werden niemals ausbleiben. Der Uebelstand, daß eine Landesbehörde anders entscheidet als die andere kann mit Bezug auf die Vergangenheit dadurch korrigirt werden, daß die oberste Landesbehörde die Zollnachforderung niederschlägt und in Bezug auf die Zukunft dadurch, daß der Bundesrath an die Einzelstaaten Anweisungen ergehen läßt darüber, wie künftig der betreffende Tarifsatz ausgelegt werden soll. Was Punkt 1 des Antrags Hammacher anlangt, so ließ es sich vielleicht so machen, daß die Landesdirektivstellen zu Auskünften ermächtigt werden und daß alsdann solche Nachforderungen nicht mehr stattfinden dürfen auf die Gefahr hin, daß die Behörde hinterher einsieht, sich getäuscht zu haben. Das wäre ernster Erwägung werth. Durch den zweiten Punkt dieses Antrags wird aber offenbar der Bundesrath ausgeschaltet werden und das wäre eine Aenderung der Reichsverfassung. Persönlich meine ich übrigens: wenn man schon einmal einen Zollgerichtshof will, dann lieber einen für das Reich, wie ihn Lenzmann empfiehlt, als eine ganze Menge in den verschiedenen Staaten. Jedenfalls wird der Bundesrath sorgsam prüfen, inwieweit es möglich ist, berechtigten Beschwerden abzuhelfen. — Abg. Lenzmann (freis. Vp.) motivirt seinen Antrag dahin, daß die Auskünfte der zu errichtenden Reichsauskunftsbehörde die Folge haben sollen, daß Nachforderungen auf die Waaren, derenthalben eine Auskunft ertheilt worden ist, nicht mehr zulässig sein sollen. — Abg. Ulrich (Soz.) wünscht ein internationales Schiedsgericht über Zolldifferenzen, sowie daß darauf hingewirkt werde, daß kein Staat bei der Rubrizirung von Waaren Aenderungen vornehmen dürfe, zu denen nicht die Vertragsstaaten ihr Einverständniß erklärt hätten. — Abgg. Beckh (freis. Vp.) und Frese (freis. Ver.) sprechen für den Antrag Lenzmann, Abgg. Fischbeck (freis. Vp.) und Dr. Lieber (Centr.) für den Antrag Hammacher, Abg. v. Staudy (kons.) für den ersten Theil des Antrags Hammacher. — Abg. Dr. Lieber (Centr.) wendet sich gegen die Art, wie im preußischen Abgeordnetenhause die Finanzpolitik des Reichstags zur Sprache gebracht worden sei. Er erkenne die Zuständigkeit der einzelstaatlichen Landesvertretungen an, auf ihre Staatsregierung einen gewissen Einfluß auszuüben in Bezug auf die Stimmführung im Bundesrath. Die Herren im Abgeordnetenhause seien aber nicht zuständig, zu Gericht zu sitzen über die Politik des Reichstags oder der einzelnen Parteien des Reichstags. Die Reden der Herren v. Zedlitz, Sattler und Graf Limburg gegen unsere Politik im Reiche seien Variationen der Reden des Finanzministers, der im Herrenhaus am 27. März 1896 gegen die Politik des Reichstags den Landtag zu den Waffen gerufen habe. Wir sind geneigt, eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen zu suchen, aber ohne Schädigung unseres Grundgedankens des staatsrechtlichen Gedankens der Frankenstein'schen Klausel. Bei der schweren Belastung mit Schuldenzinsen und bei den nicht von der Hand zu weisenden günstigen Einnahmen müßte eine sofortige erhebliche Entlastung in's Auge gefaßt werden, ob in der Weise, wie im Frühjahr, oder ob durch Erhöhung der einmaligen Ausgaben im Ordinarium unter Verminderung des Extraordinariums bei gleichzeitiger Erhöhung der Matrikularbeiträge, bleibe noch dahingestellt. Auf diese Politik der Schuldentilgung wird das Centrum unter keinen Umständen verzichten, ebensowenig kann das Centrum die Billigung neuer Steuern in Aussicht nehmen. — Schatzsekretär Graf Posadowsky glaubt, daß die im Vorjahre begonnene Schuldentilgung fortgesetzt werden müßte, aber andererseits müßten auch die Bundesstaaten dagegen geschützt werden, daß sie durch die Matrikularbeiträge über den Betrag der Ueberweisungen hinaus in Anspruch genommen würden. Ein dahingehender Gesetzentwurf liege dem Bundesrath gegenwärtig vor. — Abg. v. Bennigsen (nl.) hält es sehr wohl für möglich, sich mit dem Centrum bei der Behandlung der Sache schon in diesem Etat zu einigen. Auch seine Partei sei bereit, das, was durch die Entwickelung der Verhältnisse an der Frankenstein'schen Klausel änderungsbedürftig geworden sei, zu ändern. Die Klausel einzuschränken, mehr als bisher von dem Extraordinarium auf das Ordinarium zu nehmen, ein solches Auftreten des Centrums in Bezug auf die Frankenstein'sche Klausel sei durchaus erwünscht und patriotisch. — Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.) entnimmt aus den Erklärungen des Abg. Lieber, daß das Centrum eine Regelung der Finanzverhältnisse nach festen Normen jetzt als nothwendig anzuerkennen bereit sei. — Abg. Enneccerus (nl.) hält den von der Reichsregierung gewünschten Weg für den besseren, aber so lange dieser Weg nicht durchzusetzen sei, nehme er das vom Centrum Gebotene dankbar an. — Abg. Lieber: Auf eine reinliche Scheidung sind wir gewillt einzugehen, die staatsrechtliche Seite der Sache werden wir aber noch wie vor mit äußerster Vorsicht behandeln; erfreulicherweise sei jetzt allseitig Aussicht auf Verständigung. — Weiterberathung morgen, vorher Interpellation Hahn, betr. das Wegerecht auf See.

Berlin. Der Kaiser hat den Fürsten zu Wied auf dessen Wunsch von der bisherigen Stellung als kaiserlicher Kommissar und Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege bei der Armee im Felde entbunden und zu dessen Nachfolger den Grafen zu Solms-Baruth auf Klitschdorf ernannt. Gleichzeitig wurde genehmigt, daß der vortragende Rath im Ministerium der Landwirthschaft, Freiherr v. Seherr-Thoß dem neuernannten Militärinspekteur zur Unterstützung in den laufenden Geschäften beigegeben werde. — Der Vorstand des Reichstags hat sich veranlaßt gesehen, dem Restaurateur des Hauses eine Subvention zu bewilligen behufs fester Remunerirung der Kellner, sowie guter Beköstigung dieser und der zahlreichen Diener, welche durch die Umstände genöthigt sind, solche im Hause zu suchen. Uebrigens hat die Reichstagsverwaltung den bestehenden Restaurationsvertrag auf Grund beiderseitiger Erklärungen sofort gekündigt. — Die Budgetkommission des

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Wäsche und Haushalt.